

Editorial

Werte Kollegenschaft!

Werte Kollegenschaft!

Schon die vergangene *Steile-Zeit*-Nummer vom Dezember 2014 haben wir dem Schwerpunkt *Lehrerdienstrecht* neu gewidmet. Die Diskussion darüber wurde über mehrere Monate geführt, ohne dass sich Regierungsseite und Lehrervertretung auch nur annäherten. Letztlich endeten die Verhandlungen ohne Konsens. Am 17. Dezember des Vorjahres wurde im Parlament mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP schließlich das *Lehrerdienstrecht* neu beschlossen! Mit für die österreichische Lehrerschaft unstrittig höchst unerfreulichen Folgen! Den künftigen Lehrern (ab 2018/19) bringt das neue *Lehrerdienstrecht* eine deutlich erhöhte Lehrverpflichtung, eine flachere Gehaltskurve mit reduzierter Lebensverdienstsumme sowie eine Reihe von weiteren Schlechterstellungen.

Und es werden künftig für viele Jahre zwei Dienstrechte nebeneinander existieren! Wie sieht die nähere bis mittlere Zukunft mit zwei Dienstrechten nun aber aus? Darüber wollen wir mit Experten und vor allem mit euch Betroffenen diskutieren und laden **am Freitag, 28.3.2014**, in die Räumlichkeiten der ISOP (Dreihackengasse 2) zu einer Diskussion *Neues versus altes Dienstrecht. Stress-Test für Schulklima!?* ein (siehe noch umseitig!)

Nachtrag zu den Gehaltsverhandlungen 2014

Nachtrag zu den Gehaltsverhandlungen 2014:

Nach der 6. Gehaltsverhandlungsrunde zeigten sich zwar ÖGB-Chef Neugebauer und der Regierungsverhandler Ostermayer zufrieden, ob aber Zufriedenheit auf Seiten der österreichischen Lehrerschaft herrscht, darf bezweifelt werden. Neugebauer hat mit dem für heuer und das nächste Jahr geltenden Doppelabschluss das schlechteste Abschlussergebnis aller Branchen ausverhandelt. Für heuer gibt es durchschnittlich 1,57 % Gehaltserhöhung, ab März 2015 steigen die Gehälter dann um 0,1%

über der Inflationsrate.

Konkret bedeutet das:

Seit 1.3.2014 sind die Gehälter sozial gestaffelt durchschnittlich um 1,88 % angehoben worden, wobei die niedrigsten Einkommen um 2,5 % erhöht werden, die höchsten um 1,5 %. Das ergibt, auf das ganze Jahr 2014 umgerechnet, allerdings nur eine durchschnittliche Erhöhung um 1,57%. Zulagen und Vergütungen werden um 2,02 Prozent erhöht.

Ab 1.3.2015 werden die Gehälter dann um die Inflationsrate (Okt.2013 - Sept.2014) und 0,1 Prozent erhöht. Gehaltstabelle unter <http://oeliug.jimdo.com>

Vorschau auf Herbst 2014! PV-WAHLEN!

In diesem Jahr stehen Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen an. Gewählt werden für eine 5-jährige Funktionsperiode der Dienststellenausschuss, der Fachausschuss sowie der Zentralausschuss.

Wahltag sind voraussichtlich der 26. und 27. November 2014.

Spätestens 4 Wochen (29.10.2014) vor der Wahl sind die Wahlvorschläge einzubringen!

Die Kundmachung der Wahlvorschläge und der Wahlzeiten hat spätestens am 19. 11. 2014 zu erfolgen.

Weitere umfassende Informationen betreffs Einbringung der Wahlvorschläge, relevante Termine etc. finden sich noch auf der Homepage der ÖLI-UG.

Natürlich kann man sich auch direkt an uns wenden! (richard.huber1@aon.at)

Und wer sich eine Kandidatur auf unserer Wahlliste für den Fachausschuss vorstellen kann, möge sich ebenfalls mit uns in Verbindung setzen.

In dieser Ausgabe:

Editorial	1
Einladung	2

Impressum:

E.H.V.: Österr. LehrerInnen-Initiative – Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie (ÖLI-UG) 4643 Pettenbach, Dürndorf 138.

ÖLI-ZVR-Zahl 125480687

Verantwortl. f. diese Ausgabe: Richard Huber, Peterstalstraße 63, 8042 Graz.
Rückläufer an Richard Huber

Einladung zur Diskussionsveranstaltung der STELI-UG

***Neues versus altes Dienstrecht* Stress-Test für Schulklima!?**

Am Podium diskutieren:

Mag. Gary Fuchsbauer, Zentralausschuss BMHS, Österreichische LehrerInnen Initiative (ÖLI-UG)

Mag.^a Angela Weilguny, Bundesministerium für Bildung und Frauen

Mag. Hans Adam, Direktor, AHS-Gewerkschaft

Mag. Norbert Steinkellner, Initiative für ein faires LehrerInnendienstrecht

Mag. Richard Huber, STELI-UG-AHS

Diskussionsleitung: Mag.^a Christine Mössler, STELI-UG-BMHS

Freitag, 28. März 2014, 19 Uhr 30
Ort: ISOP, Dreihackengasse 2, Graz

Nach gut einem Jahr der Scheinverhandlungen mit der LehrerInnengewerkschaft hat die SPÖ/ÖVP-Regierung ein neues LehrerInnendienstrecht beschlossen, das kaum mehr als das Ziel verfolgte, Personalkosten zu senken. Dafür nahm sie auch den Bruch langjähriger sozialpartnerschaftlicher Praxis in Kauf, die bislang stets auf einen Interessensausgleich zwischen Arbeitnehmer- und ArbeitgeberInnen abzielte. Die Gewerkschaft wurde letztlich vor vollendete Tatsachen gestellt, Änderungen nur in Randbereichen zugestanden.

Die negativsten Auswirkungen betreffen die Höheren Schulen:

Die etwa 45.000 Dienstposten an den Höheren Schulen erleben ein „Downgrading“. Künftige Lehrpersonen müssen MEHR arbeiten bei schlechterer Bezahlung als bisher. Die Gewerkschaftsführung hat die großspurig angekündigten Streiks nicht umgesetzt. Zugegeben, es ist schwierig, gegen ein Dienstrecht Streiks zu organisieren, von dem die im Dienst befindlichen LehrerInnen scheinbar nicht betroffen sind. Aber dieses Dilemma war von Anfang an klar und trotzdem wurden keine Gegenstrategien entwickelt.

Die Sprengkraft des neuen Dienstrechts liegt in der Tatsache begründet, dass für Jahrzehnte LehrerInnen mit unterschiedlichem Dienstrecht an den Schulen nebeneinander unterrichten werden. So werden an Höheren Schulen AltlehrerInnen, die eine Unterrichtsverpflichtung von 20 WE haben, je nach Fach nur zwischen 17 und 19 Stunden unterrichten, NeulehrerInnen hingegen vielfach 24 Stunden. Kustodiate sowie Klassenvorstandsarbeit werden Teil ihrer Lehrverpflichtung sein, während diese bei AltlehrerInnen extra bezahlt werden. Ein Stresstest für das Schulklima!